



B9-0159/2022

23.2.2022

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 143 der Geschäftsordnung

zum digitalen COVID-Zertifikat der EU

Tom Vandendriessche, Jaak Madison, Filip De Man, Gerolf Annemans, Mislav Kolakušić, Ladislav Ilčić, Bernhard Zimniok, Ivan David, Annika Bruna, Virginie Joron, Maximilian Krah, Milan Uhrík, Francesca Donato, Tudor Ciuhodaru, Joachim Kuhs, Roman Haider, Markus Buchheit, Guido Reil

Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zum digitalen COVID-Zertifikat der EU

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union,
- gestützt auf Artikel 143 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass Dänemark, Finnland, Schweden und Irland ihre COVID-19-Beschränkungen in Kürze aufheben werden; in der Erwägung, dass Spanien COVID-19 inzwischen nicht mehr als pandemisch, sondern als endemisch einstuft; in der Erwägung, dass die EU eine Impfquote von über 70 % erreicht hat; in der Erwägung, dass Omikron nachweislich weniger tödlich ist als frühere Varianten;
- B. in der Erwägung, dass das digitale COVID-Zertifikat der EU im Juli 2021 eingeführt wurde und die Kommission vorgeschlagen hat, dass das Zertifikat bis zum 30. Juni 2023 gelten solle;
- C. in der Erwägung, dass das Parlament seit dem 3. November 2021 von jeder Person, die seine Gebäude betritt, die Vorlage eines digitalen COVID-Zertifikats der EU verlangt;
 1. betrachtet das digitale COVID-Zertifikat der EU als unverhältnismäßigen Kontrollmechanismus, der gegen die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten verstößt;
 2. hebt hervor, dass das digitale COVID-Zertifikat der EU kein wirksames Mittel ist, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen, weil geimpfte Personen das Virus immer noch übertragen können;
 3. bedauert, dass das digitale COVID-Zertifikat der EU als Zugangsvoraussetzung eingesetzt wird;
 4. fordert die Kommission und den Rat auf, das digitale COVID-Zertifikat der EU in der gesamten EU abzuschaffen, weil die derzeitige epidemiologische Lage in den Mitgliedstaaten ein anderes Vorgehen erfordert.